



Rundschreiben IV

Programm «Unterstützungsmassnahmen für Personen mit Schutzstatus S» (Programm S)

An:

- Kantonale Ansprechstellen für Integrationsfragen
- Kantonale Asylbehörden (Asylkoordinatorinnen und -koordinatoren)

Kopie an:

- Kantonale Flüchtlingskoordinatorinnen und -koordinatoren
- Konferenz der kantonalen, kommunalen und regionalen Integrationsdelegierten (KID)
- Schweizerische Berufsbildungsämter-Konferenz (SBBK)
- Verband Schweizerischer Arbeitsmarktbahörden (VSAA)
- Vereinigung der Kantonalen Migrationsbehörden (VKM)
- Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS)

Ort, Datum: Bern-Wabern, 1. Januar 2026

Inhalt

1.	Ausgangslage	3
2.	Ziel	4
3.	Rahmenbedingungen	4
3.1.	Rechtliche Grundlagen	4
3.1.1.	Verhältnis zu Entscheiden des BR und der Gesetzeslage zur Umsetzung des Programms S	5
3.2.	Vereinbarungsgegenstand	5
3.2.1.	Leistungen des Bundes	5
3.2.2.	Leistungen der Kantone	5
4.	Abschluss Vereinbarung IV Programm S	7
4.1.	Zeitplan	7
5.	Finanzierung und Mitteleinsatz	8
6.	Reporting	9
6.1.	Jährliche Berichterstattung	9
6.2.	Erhebung von Kennzahlen und Daten (Monitoring KIP und IAS)	9
6.3.	Schlussbericht	9
7.	Rückforderung	9
8.	Finanzaufsicht	10

1. Ausgangslage

Am 11. März 2022¹ aktivierte der Bundesrat (BR) per Allgemeinverfügung den Schutzstatus S für geflüchtete Personen aus der Ukraine (vgl. Art. 4 und 66 ff. AsylG²). Dieser dient dem vorübergehenden Schutz für die Dauer einer schweren allgemeinen Gefährdung. Der Schutzstatus S gilt bis zu dessen Aufhebung durch den BR (vgl. Art. 76 AsylG). Voraussetzung für die Aufhebung ist eine nachhaltige Stabilisierung der Lage in der Ukraine.

Der BR beschloss am 9. November 2022, am 1. November 2023, am 4. September 2024 und zuletzt am 8. Oktober 2025, den Schutzstatus S nicht aufzuheben.

Es besteht keine gesetzliche Grundlage dafür, dass der Bund den Kantonen für Personen mit Schutzstatus S ohne Aufenthaltsbewilligung eine Integrationspauschale ausrichtet (Art. 58 Abs. 2 AIG³ i.V.m. Art. 15 VIntA⁴). Um dennoch gemäss dem Dual Intent-Ansatz den Erhalt und den Aufbau von Kompetenzen und Qualifikationen von Personen mit Schutzstatus S zu fördern und gleichzeitig so schnell wie möglich die Integration in der Schweiz zu ermöglichen, hat der BR am 13. April 2022 das Programm «Unterstützungsmassnahmen von Personen mit Schutzstatus S» (Programm S) beschlossen (Art. 58 Abs. 3 AIG i.V.m. Art. 21 VIntA). Es handelt sich hier um ein Programm von nationaler Bedeutung. Auf Basis dieses Entscheids richtet der Bund den Kantonen einen auf die Dauer der Schutzgewährung beschränkten Beitrag aus. Der Bund fördert dabei Massnahmen der Kantone für die gesellschaftliche und berufliche Integration von Personen mit Schutzstatus S im Rahmen der kantonalen Integrationsprogramme (KIP) und den kantonalen Dispositiven der Integrationsagenda Schweiz (IAS). Ziel ist der rasche Erwerb von Sprachkompetenzen und die Teilnahme an Bildung und am Arbeitsmarkt.

Am 8. Oktober 2025 hat der BR die Weiterführung des Programm S samt den bestehenden Modalitäten beschlossen. Das Programm S ist eng mit den KIP verknüpft und richtet sich nach den Zielen und Massnahmen der KIP. Seit dem 1. Januar 2024 gilt für die KIP das Rundschreiben «Kantonale Integrationsprogramme KIP 2024-2027 inkl. Integrationsagenda Schweiz (KIP 3)».

Am 28. Mai 2025 hat der BR zudem das Ziel einer Erwerbstätigenquote für Personen mit Schutzstatus S festgelegt. Demnach soll die kantonale Erwerbstätigenquote von Personen mit Schutzstatus S, welche seit mindestens drei Jahren in der Schweiz leben, 50% betragen und die kantonale Situation auf dem Arbeitsmarkt berücksichtigen. Kantone mit deutlich unterdurchschnittlichen Ergebnissen müssen zusätzliche Massnahmen ausarbeiten und umsetzen sowie gegebenenfalls externe Evaluationen des kantonalen Fördersystems durchführen lassen, damit sie diese Ziele besser erreichen. Deutlich unterdurchschnittlich und damit relevant für die Erarbeitung eines Massnahmenplans ist die kantonale Erwerbstätigenquote, wenn sie (1) unter 50% und (2) mehr als 5 Prozentpunkte unter der individuell festgelegten Zielerwerbstätigenquote liegt. Der Entscheid darüber, welche Massnahmen im Massnahmenplan enthalten sind, liegt in der Kompetenz des betroffenen Kantons. Der Massnahmenplan muss jedoch vom SEM genehmigt werden.

¹ BBl 2022 586 Allgemeinverfügung zur Gewährung des vorübergehenden Schutzes im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine

² Asylgesetz; SR 142.31

³ Ausländer- und Integrationsgesetz; SR 142.20

⁴ Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern; SR 142.205

Um die berufliche Integration von Personen mit Schutzstatus S zu fördern, wurden neben dem Programm S weitere Massnahmen ergriffen. Es wurde die Bewilligungspflicht für eine Erwerbstätigkeit für Personen mit Schutzstatus S in eine Meldepflicht umgewandelt und die Teilnahmepflicht an Massnahmen mit dem Ziel der beruflichen Ein- oder Wiedereingliederung auch auf schutzbedürftige Personen ausgeweitet (Anpassungen der VIntA sowie VZAE⁵). Diese Massnahmen sind am 1. Dezember 2025 in Kraft getreten.

Die kantonalen Behörden sind eingeladen, ihre bisherigen Bemühungen fortzusetzen und zu verstärken und die bestehende interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) weiter auszubauen. Als Grundlage im Bereich der Arbeitsintegration dienen dabei die 2025 von Bund und Kantone verabschiedeten Handlungsempfehlungen zur Zusammenarbeit zwischen der Integrationsförderung, der Sozialhilfe und öffentlicher Arbeitsvermittlung (öAV) mit dem Ziel, die Arbeitsintegration von Geflüchteten zu verbessern⁶. Die kantonalen Sozialhilfebehörden und/oder die in die Umsetzung der durchgehenden Fallführung (IAS) involvierten Stellen sind gehalten, stellenlose, arbeitsmarktfähige Personen mit Schutzstatus S schon jetzt den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) zu melden. Dies geschieht analog zur geltenden Regelung für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene (Art. 53 Abs. 5 AIG und Art. 9 VIntA). Der BR will eine gesetzliche Meldepflicht an die öAV von Personen mit Schutzstatus S schaffen und hat dazu im Jahr 2025 eine Vernehmlassung⁷ durchgeführt.

2. Ziel

Das vorliegende Rundschreiben

- regelt die Rahmenbedingungen für die Umsetzung des Programm S;
- regelt das Verhältnis zum Rundschreiben «Kantonale Integrationsprogramme KIP 2024-2027 inkl. Integrationsagenda Schweiz (KIP 3)» vom 19. Oktober 2022;
- regelt das Verhältnis zu allfälligen künftigen Entscheiden des BR zur Umsetzung des Programm S.

3. Rahmenbedingungen

3.1. Rechtliche Grundlagen

Es gelten sinngemäss die rechtlichen Grundlagen der KIP, welche im Rundschreiben des SEM «Kantonale Integrationsprogramme (KIP) 2024-2027 inkl. Integrationsagenda Schweiz (KIP 3)» vom 19. Oktober 2022 festgehalten sind. Die Programmvereinbarung Kanton-SEM zum KIP 2024-2027 (beidseitig unterschrieben, inkl. genehmigte Eingaben und Anhänge) gilt als weitere Grundlage für das vorliegende Rundschreiben. Sie ist auch Bestandteil der für das Programm S abgeschlossenen Programmvereinbarung.

Das Rundschreiben IV Programm «Unterstützungsmassnahmen für Personen mit Schutzstatus S» vom 1. Januar 2026 ist inhärenter Bestandteil der Programmvereinbarung zum Programm S, soweit die Programmvereinbarung keine abweichenden Bestimmungen enthält.

⁵ Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit, SR 142.201

⁶ abrufbar unter: [Arbeitsmarktintegration](#)

⁷ Vorentwurf, Erläuterungen und Ergebnisbericht abrufbar unter: www.fedlex.admin.ch > Vernehmlassungen > Abgeschlossen > 2025 > EJPD > Förderung der Erwerbstätigkeit von Personen mit Schutzstatus S und Zulassungserleichterungen für in der Schweiz ausgebildete Drittstaatsangehörige: Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes, des Asylgesetzes, der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit sowie der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern

3.1.1. Verhältnis zu Entscheiden des BR und der Gesetzeslage zur Umsetzung des Programms S

Es gelten das vorliegende Rundschreiben IV Programm S sowie das Rundschreiben «Kantonale Integrationsprogramme KIP 2024-2027 inkl. Integrationsagenda Schweiz (KIP 3)» vom 19. Oktober 2022. Vorbehalten bleiben allfällige künftige Entscheide des BR sowie Gesetzes- oder Verordnungsanpassungen zur Umsetzung des Programms S.

3.2. Vereinbarungsgegenstand

3.2.1. Leistungen des Bundes

Der Bund fördert die Umsetzung der kantonalen Unterstützungsmassnahmen für Personen mit Schutzstatus S durch die Ausrichtung von Beiträgen nach Art. 58 Abs. 3 AIG (Programm von nationaler Bedeutung) in Höhe von maximal CHF 3'000 pro schutzbedürftige Person ohne Aufenthaltsbewilligung und Jahr für die Dauer der Programmvereinbarung zum Programm S.

Der Bund stellt dem Kanton periodisch Kennzahlen zur Erwerbstätigenquote von Personen mit Schutzstatus S und zur kantonalen Zielerwerbstätigenquote bereit. Die vom Bundesrat beschlossene Zielerwerbstätigenquote von 50% für Personen mit Schutzstatus S, die sich seit drei Jahren in der Schweiz aufhalten, ist als nationaler Zielwert zu verstehen. Die in jedem Kanton konkret zu erreichende Zielerwerbstätigenquote wird in Abhängigkeit von der kantonalen Arbeitslosenquote festgelegt. Weitere Faktoren werden für die Bemessung der kantonalen Zielerwerbstätigenquote nicht berücksichtigt. Deutlich unterdurchschnittlich und damit relevant für die Erarbeitung eines Massnahmenplans ist die kantonale Erwerbstätigenquote, wenn sie (1) unter 50% und (2) mehr als 5 Prozentpunkte unter der individuell festgelegten Zielerwerbstätigenquote liegt.

Ab dem Zeitpunkt des Entscheids über die Aufhebung des Schutzstatus S werden im Rahmen des bestehenden Programms S nur noch Bundesbeiträge für den Abbau der Strukturen des Programms bezahlt. Der Abbau hat geregelt und rasch zu erfolgen. Details werden in einem allfälligen Bundesratsbeschluss zur Aufhebung präzisiert.

3.2.2. Leistungen der Kantone

Die Kantone setzen die vom Bund ausgerichteten Beiträge für Massnahmen im Rahmen des KIP und ihres Dispositivs der IAS ein.

Der Kanton sorgt dafür, dass im Rahmen dieses Programms von nationaler Bedeutung PPnB (Art. 58 Abs. 3 AIG i.V.m. Art. 21 VIntA), in Anlehnung an die strategischen Programmziele des KIP, die spezifischen Ziele des Programms S verfolgt werden und dass das kantonale Dispositiv der IAS für alle Personen mit Schutzstatus S umgesetzt wird, die einen besonderen Integrationsförderbedarf aufweisen.

Die kantonalen Dispositive sehen für Personen mit Schutzstatus S grundsätzlich die gleichen Bestimmungen, Prozesse und Massnahmen vor wie für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen. Entsprechend dem Prinzip der IAS sorgen die Kantone für eine verbindliche und auf die individuellen Bedürfnisse zugeschnittene Förderung. Ein Schwerpunkt

liegt auf Bildungsmassnahmen, insbesondere bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen («Arbeit durch Bildung»), sowie auf der Teilnahme am Arbeitsmarkt und am gesellschaftlichen Leben.

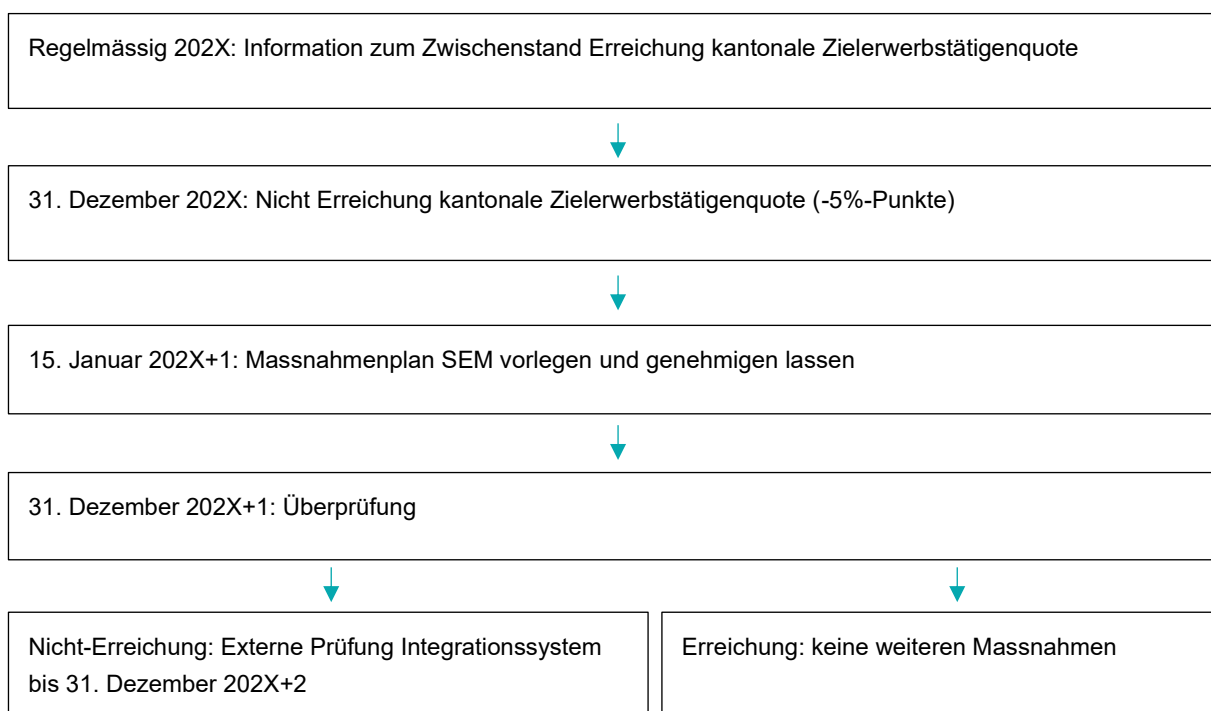
Die Kantone sind insbesondere für die Gewährleistung der folgenden Massnahmen zuständig:

- Für Personen mit entsprechendem Förderbedarf besteht eine Fallführung, inklusive einer Potenzialabklärung.
- Alle Personen, die ihre Sprachkompetenzen verbessern müssen, nehmen an entsprechenden Massnahmen teil. Die Kantone fordern die betreffenden Personen mit Schutzstatus S aktiv zur Teilnahme an den Massnahmen zur Integrationsförderung auf. Sozialhilfe beziehende Personen können zur Teilnahme an Massnahmen verpflichtet werden, um die Sozialhilfeabhängigkeit zu reduzieren (Pflicht zur Mitwirkung und zur Minderung der Bedürftigkeit). Kommen sie dieser Verpflichtung ohne entschuldbaren Grund nicht nach, können die Sozialhilfeleistungen nach kantonalem Recht gekürzt werden (Art. 10 Abs. 1 VIntA i.V.m. Art. 83 Abs. 1 Bst. d AsylG).
- Alle Personen mit Arbeitsmarkt- und Ausbildungspotenzial haben Zugang zum Instrument der Potenzialabklärung mit dem Ziel, ihre Teilnahme an spezifischen Massnahmen zur Integrationsförderung oder an Angeboten der Regelstrukturen festzulegen (Angebote im Bereich der Bildung sowie der öffentlichen Arbeitsvermittlung und/oder direkter Zugang zum Arbeitsmarkt und allenfalls weitere bedarfsgerechte Angebote).
- Massnahmen im Bereich der Frühen Kindheit sind für Kinder mit entsprechendem Bedarf gemäss den Rahmenbedingungen der IAS vorzusehen.

Der Kanton sorgt ferner dafür, dass die Zielerwerbstätigenquote von Personen mit Schutzstatus S, die sich seit mindestens drei Jahren in der Schweiz aufhalten, bis zum 31. Dezember des betreffenden Jahres den kantonalen Zielwert gemäss Vorgaben erreicht (Stichtag vom 31. Dezember 2026; zur Berechnung, vgl. Anhang 1). Zudem müssen auch Kantone, die dieses Ziel erreichen, die Erwerbstätigenquote von Personen mit Schutzstatus S im Folgejahr weiter steigern.

Kantone mit deutlich unterdurchschnittlicher Erwerbstätigenquote sowie Kantone, die die Erwerbstätigenquote nicht weiter steigern konnten (Stichtag jeweils vom 31. Dezember), müssen im Folgejahr einen Massnahmenplan ausarbeiten und umsetzen, damit sie diese Ziele besser erreichen. Deutlich unterdurchschnittlich und damit relevant für die Erarbeitung eines Massnahmenplans ist die kantonale Erwerbstätigenquote, wenn sie (1) unter 50% und (2) mehr als 5 Prozentpunkte unter der individuell festgelegten Zielerwerbstätigenquote liegt. Der Entscheid darüber, welche Massnahmen im Massnahmenplan enthalten sind, liegt in der Kompetenz des betroffenen Kantons. Die im Jahr 2025 von Bund und Kantone verabschiedeten Handlungsempfehlungen zur Arbeitsintegration von Geflüchteten bilden eine wichtige Grundlage für die Erarbeitung der Massnahmenpläne⁸. Die entsprechenden Massnahmenpläne müssen dem SEM jeweils spätestens am 15. Januar vorgelegt und anschliessend vom SEM genehmigt werden. Die Genehmigung des Massnahmenplans ist Voraussetzung der Abschliessung der Programmvereinbarung und ist inhärenter Bestandteil der für das Programm S abgeschlossenen Programmvereinbarung. Wird die Zielvorgabe (Stichtag vom 31. Dezember des betroffenen Jahres) wiederum deutlich nicht erreicht, muss der Kanton sein System der Integrationsförderung extern evaluieren lassen.

⁸ [Arbeitsmarktintegration](#)



Die kantonalen Behörden sind eingeladen, ihre bisherigen Bemühungen fortzusetzen und zu verstärken und die bestehende IIZ weiter auszubauen. Als Grundlage im Bereich der Arbeitsintegration dienen dabei erneut die 2025 von Bund und Kantone verabschiedeten Handlungsempfehlungen zur Zusammenarbeit zwischen der Integrationsförderung, der Sozialhilfe und öAV mit dem Ziel, die Arbeitsintegration von Geflüchteten zu verbessern. Der Kanton arbeitet ebenfalls mit Gemeinden und Städten sowie nichtstaatlichen Akteurinnen und Akteuren, namentlich auch den Organisationen der Migrationsbevölkerung, eng zusammen⁹.

4. Abschluss Vereinbarung IV Programm S

4.1. Zeitplan

Meilensteine Abschluss Vereinbarung IV Programm S	Frist
Unterbreitung durch die betroffenen Kantone der ausgearbeiteten Massnahmenpläne zur Erreichung der Zielerwerbstätigenquote an das SEM	15. Januar 2026
Rückmeldung des SEM zum Massnahmenplan	30. Januar 2026
Unterbreitung der einseitig vom SEM unterzeichneten Vereinbarung IV Programm S durch das SEM an den Kanton	30. Januar 2026 (Kantone mit Massnahmenplan Mitte – Ende Februar 2026)
Retournierung der vom Kanton unterzeichneten Vereinbarung IV Programm S an das SEM	Anfangs März 2026

⁹ Vgl. Art. 56 AIG, Art. 4 VIntA

5. Finanzierung und Mitteleinsatz

Die Kantone verpflichten sich, die Vereinbarungsziele kostengünstig, zeit- und zweckgerecht zu erfüllen und die entsprechenden Leistungen nachhaltig zu sichern. Die Auszahlung der Bundesbeiträge über das Programm S ist nicht an die Bedingung geknüpft, dass die Kanton Eigenmittel einsetzen.

Zur Finanzierung eines allfälligen Massnahmenplans zur Erreichung der Zielerwerbstätigenquote von Personen mit Schutzstatus S können die Beiträge des Bundes im Rahmen des Programm S eingesetzt werden. Der Bund leistet hierfür keine zusätzlichen Beiträge. Sollte infolge wiederholten Nichterreichens des kantonalen Zielwerts per Ende des jeweiligen Jahres eine externe Evaluation durchgeführt werden müssen, ist diese vom Kanton in Auftrag zu geben und zu finanzieren.

Die Auszahlung der Beiträge zum Programm S erfolgt unter dem Vorbehalt der Kreditbewilligung für die für das jeweilige Jahr zu erbringenden Leistungen sowie die Genehmigung der jeweiligen Voranschlagskredite durch die Eidgenössischen Räte.

Gestützt auf die effektiven Entscheide bzw. Anzahl Personen mit Schutzstatus S gemäss der Statistik des SEM¹⁰ richtet der Bund den Kantonen den Beitrag quartalsweise und anteilmässig aus (pro Monat und Person CHF 250). Die Berechnung der zu zahlende Beiträge erfolgt *pro rata temporis* auf Basis der zum 1. Tag des Monats im Kanton anwesenden Personen mit Schutzstatus S.

Es wird pro anwesende Person mit Schutzstatus S eine Pauschale ausgerichtet (unabhängig von weiteren Merkmalen wie Alter oder Erwerbstätigkeit).

Die Vergütung des maximalen Bundesbeitrages von CHF 3'000 pro Person und pro Jahr endet, wenn die Person die Schweiz verlassen hat oder unkontrolliert ausgereist ist. Gleiches gilt, wenn der vorübergehende Schutz erlischt oder rechtskräftig aufgehoben wird oder wenn ein Anspruch auf die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung besteht.

Analog der Globalpauschale wird mit dem jährlichen Korrekturverfahren der Auszahlungsbetrag gemäss dem jeweiligen Bestand zum 1. des Monats nochmals berechnet und die notwendigen Anpassungen gegenüber den Kantonen vorgenommen (Auszahlung des fehlenden Anteils oder Rückforderung der überschüssigen Beträge).

Eine allfällig geschuldete Integrationspauschale für Personen mit Schutzstatus S nach der Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung (Ausweis B - befristet gekoppelt an die Dauer des Schutzstatus S) wird um die im Rahmen des vorliegenden Programms geleisteten Beiträge gekürzt (Art. 15 Abs. 2^{bis} VIntA). Dies gilt ebenfalls für schutzbedürftige Personen, welche nach einer eventuellen Aufhebung des Schutzstatus S als Flüchtlinge anerkannt oder vorläufig aufgenommen werden (vgl. Art. 58 Abs. 2 AIG; Art. 15 Abs. 1 und 2^{bis} VIntA). Artikel 15 Absatz 2^{bis} VIntA bezieht sich ausschliesslich auf die vom Bund im Rahmen des Programms S ausgerichteten Beiträge. Er gilt nicht in Bezug auf die Förderung von schutzbedürftigen Personen über kantonale Massnahmen, die über die Kantone oder mit Mitteln aus anderen Programmen von nationaler Bedeutung des SEM finanziert werden.

¹⁰ Massgebend sind die Daten aus Finasi I

6. Reporting

6.1. Jährliche Berichterstattung

Das Programm S wird in die Berichterstattung zu KIP 3 integriert, wobei die Mittelverwendung für das Programm S separat auszuweisen ist. Das SEM stellt Vorlagen zur Verfügung. Für die Berichterstattung zum Programm S gelten somit die gleichen Fristen (30. April des Folgejahres) und Modalitäten wie für die KIP 3.

Bei Kantonen, die einen Massnahmenplan zur Erreichung der Zielerwerbstätigenquote von Personen mit Schutzstatus S eingereicht haben, ist über dessen Umsetzung ebenfalls in diesem Rahmen gesondert Bericht zu erstatten. Das SEM kann spezifische Zusatzinformationen zur Verwendung der Mittel einfordern, die für Unterstützungsmassnahmen zugunsten von Personen mit Schutzstatus S bereitgestellt werden. Der Kanton ist verpflichtet, diese Informationen detailliert zu liefern, insbesondere über die Finanzen.

6.2. Erhebung von Kennzahlen und Daten (Monitoring KIP und IAS)

Personen mit Schutzstatus S und besonderem Integrationsförderbedarf müssen bei der Erhebung der Kennzahlen IAS ebenfalls berücksichtigt werden. Die Kantone nutzen dafür die vom SEM im Hinblick auf die Berichterstattung KIP bereitgestellten Instrumente. Die Kennzahlen zu Personen mit Schutzstatus S werden separat ausgewiesen. Das SEM stellt Vorlagen zur Verfügung.

6.3. Schlussbericht

Spätestens auf den nach Abschluss des Programms folgenden Berichterstattungstermin der KIP legen die Kantone dem SEM einen Schlussbericht zum Programm S sowie eine detaillierte Schlussabrechnung vor. Das SEM erstellt dazu Vorlagen. Es kommen die Modalitäten der Berichterstattung zu KIP 3 zur Anwendung.

Der finanzielle Teil des Schlussberichts stützt sich auf die Finanzberichterstattung KIP/IAS und enthält eine detaillierte Schlussabrechnung. Er weist insbesondere nicht verwendete Finanzbeiträge aus.

7. Rückforderung

Das SEM fordert die im Rahmen des Programms S ausbezahlten Beiträge zurück, wenn der Kanton die Umsetzung geeigneter Massnahmen zur Erreichung der spezifischen Ziele des Programms S und der strategischen Programmziele des KIP sowie die Bedingungen des Rundschreibens IV Programm S innerhalb der vereinbarten Nachfrist nicht oder nur mangelhaft erfüllt, keine Nachbesserung möglich ist und der Kanton nicht nachweist, dass ihn dafür kein Verschulden trifft.

Das SEM fordert ausserdem bereits geleistete finanzielle Beiträge an das Programm S zurück, wenn ein Kanton den vereinbarten Massnahmenplan zur Erreichung der Zielerwerbstätigenquote von Personen mit Schutzstatus S nicht oder nur mangelhaft umsetzt, keine Nachbesserung möglich ist und der Kanton nicht nachweist, dass ihn dafür kein Verschulden trifft. Der Bund fordert keine bereits geleisteten finanziellen Beiträge an das Programm S zurück, wenn die Zielerwerbstätigenquote von Personen mit Schutzstatus S trotz umgesetztem und vom SEM genehmigten Massnahmenplan nicht erreicht wird.

Verfügt der Kanton bei Beendigung des Programms S über nicht ausgeschöpfte Bundesbeiträge zum Programm S, sind diese dem Bund zurückzuerstatten. Die Modalitäten und Fristen zur Rückzahlung der nicht verwendeten Mittel werden spätestens zum Zeitpunkt einer allfälligen Aufhebung des Schutzstatus S festgelegt.

8. Finanzaufsicht

Die Verwendung von Bundesbeiträgen für die Umsetzung des Programms S ist sowohl auf Bundes als auch auf kantonaler Ebene zu beaufsichtigen. Die Aufsicht über die für das Programm S ausgerichteten Bundesbeiträge obliegt auf Bundesebene dem SEM und der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK). Auf kantonaler Ebene nehmen die Kantone selbst sowie die kantonalen Finanzkontrollen diese Aufgabe wahr.¹¹ Die Aufsicht über das Programm S erfolgt im Rahmen der Aufsichtstätigkeit des SEM zu den KIP. Ausführungen zu den Aufsichtspflichten sind dem «Aufsichtskonzept KIP»¹² zu entnehmen.

Staatssekretariat für Migration SEM



Vincenzo Mascioli

Staatssekretär

¹¹ Art. 95 AsylG, Art. 25 SuG und Art. 18 Abs. 4 VIntA

¹² [KIP-Aufsichtskonzept SEM](#)



Circulaire IV

Programme « Mesures de soutien pour les personnes avec statut de protection S » (Programme S)

Destinataires :

- Services cantonaux pour les questions d'intégration
- Autorités cantonales de l'asile (coordinatrices et coordinateurs de l'asile)

Destinataires des copies :

- Coordinatrices et coordinateurs cantonaux en matière de réfugiés
- Conférence des délégués cantonaux, communaux et régionaux à l'intégration (CDI)
- Conférence suisse des offices de la formation professionnelle (CSFP)
- Association des offices suisses du travail (AOST)
- Association des services cantonaux de migration (ASM)
- Conférence suisse des institutions d'action sociale (CSIAS)

Lieu, date : Berne-Wabern, le 1^{er} janvier 2026

Contenu

1.	Contexte	3
2.	Objectif	4
3.	Conditions générales	4
3.1.	Bases légales	4
3.1.1.	Rapport avec les décisions du Conseil fédéral et le cadre légal relatifs à la mise en œuvre du Programme S	5
3.2.	Objet de la convention	5
3.2.1.	Prestations de la Confédération	5
3.2.2.	Prestations des cantons	5
4.	Conclusion de la convention IV Programme S	7
4.1.	Calendrier	7
5.	Financement et utilisation des moyens financiers	8
6.	Suivi du programme et rapports	9
6.1.	Rapports annuels	9
6.2.	Relevé d'indicateurs et de données (suivi PIC et AIS)	9
6.3.	Rapport final	9
7.	Remboursement	9
8.	Surveillance financière	10

1. Contexte

Le 11 mars 2022¹, le Conseil fédéral a décidé d'activer le statut de protection S pour les personnes ayant fui l'Ukraine (cf. art. 4 et 66 ss de la loi sur l'asile [LAsi]²). Ce statut permet d'assurer une protection provisoire à des personnes aussi longtemps qu'elles sont exposées à un danger général grave. Il restera en vigueur jusqu'à sa levée par le Conseil fédéral (cf. art. 76 LAsi), laquelle ne pourra être envisagée que si la situation en Ukraine se stabilise durablement.

A quatre reprises, le 9 novembre 2022, le 1^{er} novembre 2023, le 4 septembre 2024 et le 8 octobre 2025, le Conseil fédéral a décidé de ne pas lever le statut S.

Aucune base légale ne prévoit que la Confédération verse aux cantons un forfait d'intégration pour les personnes avec un statut de protection S sans d'autorisation de séjour (art. 58, al. 2, LEI³ en relation avec l'art. 15 OIE⁴). Toutefois, pour permettre à ces personnes de conserver et de développer leurs compétences et leurs qualifications (selon l'approche du Dual Intent), tout en permettant leur intégration aussi rapide que possible en Suisse, le Conseil fédéral a mis en place le programme « Mesures de soutien pour les personnes avec un statut de protection S » (Programme S) (cf. art. 58, al. 3, LEI, en relation avec l'art. 21 OIE). Grâce à ce programme d'importance nationale, la Confédération verse une contribution aux cantons tant que dure la protection provisoire. Elle soutient ainsi les mesures d'intégration sociale et professionnelle que les cantons ont mises en place pour les personnes avec un statut de protection S dans le cadre des programmes d'intégration cantonaux (PIC) et des dispositifs cantonaux de l'Agenda Intégration Suisse (AIS). L'objectif est l'acquisition rapide de compétences linguistiques et la participation à la formation et au marché de travail.

Le 8 octobre 2025, le Conseil fédéral a décidé de poursuivre le Programme S selon les modalités existantes. Ce programme est étroitement lié aux PIC et s'aligne sur les objectifs et les mesures de ce dernier. Depuis le 1^{er} janvier 2024, les PIC sont régis par la circulaire « Programmes d'intégration cantonaux PIC 2024-2027 y compris Agenda Intégration Suisse (PIC 3) ».

Le 28 mai 2025, le Conseil fédéral a en outre fixé un objectif concernant le taux d'emploi des personnes avec un statut de protection S. Ainsi, le taux d'emploi cantonal des personnes avec un statut de protection S, qui résident en Suisse depuis au moins trois ans, doit, en tenant compte de la situation sur le marché cantonal de l'emploi, atteindre au moins 50 %. Les cantons présentant des résultats nettement inférieurs à la moyenne doivent élaborer et mettre en œuvre des mesures supplémentaires et, si nécessaire, faire réaliser des évaluations externes du système cantonal d'encouragement de l'intégration afin de mieux atteindre ces objectifs. Le taux d'emploi cantonal est considéré comme nettement inférieur à la moyenne et donc pertinent pour l'élaboration d'un plan de mesures lorsqu'il est (1) inférieur à 50 % et (2) inférieur de plus de 5 points de pourcentage au taux d'emploi cible fixé individuellement. La décision concernant les mesures à inclure dans le plan de mesures relève de la compétence du canton concerné. Toutefois, le plan d'action doit être approuvé par le SEM.

En complément du Programme S, d'autres mesures ont été prises pour encourager l'intégration professionnelle des personnes concernées. L'obligation d'obtenir une autorisation pour

¹ FF 2022 586 Décision de portée générale concernant l'octroi de la protection provisoire en lien avec la situation en Ukraine

² Loi sur l'asile, RS 142.31

³ Loi fédérale sur les étrangers et l'intégration, RS 142.20

⁴ Ordonnance sur l'intégration des étrangers, RS 142.205

exercer une activité lucrative a été remplacée par une obligation d'annonce et l'obligation de participer à des mesures d'intégration ou de réintégration professionnelle a été étendue aux personnes à protéger (modifications de l'OIE et de l'OASA⁵). Ces mesures sont effectives depuis le 1^{er} décembre 2025.

Les autorités cantonales sont invitées à poursuivre et à renforcer leurs efforts actuels et à utiliser et développer leur collaboration interinstitutionnelle (CII). Dans le domaine de l'intégration professionnelle, les recommandations adoptées en 2025 par la Confédération et les cantons concernant la collaboration entre l'encouragement de l'intégration, l'aide sociale et les services publics de l'emploi (SPE) servent de base à l'amélioration de l'intégration professionnelle des personnes ayant fui⁶. Les autorités cantonales d'aide sociale et/ou les offices concernés par la gestion au cas par cas (AIS) doivent annoncer dès maintenant aux offices régionaux de placement (ORP) les personnes avec un statut de protection S sans emploi considérées comme suffisamment aptes à intégrer le marché du travail. Cette procédure est analogue à la réglementation en vigueur pour les réfugiés reconnus et les personnes admises à titre provisoire (art. 53, al. 5, LEI et art. 9 OIE). Le Conseil fédéral entend instaurer une obligation légale d'annoncer les personnes avec un statut de protection S au SPE. Il a mené une consultation à ce sujet en 2025⁷.

2. Objectif

La présente circulaire

- détaille les conditions de mise en œuvre du Programme S ;
- régit le rapport à la circulaire « Programmes d'intégration cantonaux (PIC) 2024-2027 y compris Agenda Intégration Suisse (PIC 3) » du 19 octobre 2022 ;
- règle le rapport avec d'éventuelles décisions futures du Conseil fédéral concernant la mise en œuvre du Programme S.

3. Conditions générales

3.1. Bases légales

Les bases légales des programmes d'intégration cantonaux (PIC) mentionnées dans la circulaire du SEM « Programmes d'intégration cantonaux PIC 2024-2027 y compris Agenda Intégration Suisse (PIC 3) », du 19 octobre 2022, s'appliquent par analogie. La présente circulaire se fonde aussi sur les conventions de programme canton-SEM relatives au PIC 2024-2027 (signées par les deux parties, y compris les documents et annexes approuvés). Elle fait également partie intégrante de la convention de programme conclue pour le Programme S.

La présente circulaire IV du Programme « Mesures de soutien pour les personnes avec statut de protection S » du 1^{er} janvier 2026 fait partie intégrante de la convention de programme conclue pour le Programme S, sauf disposition contraire de ladite convention.

⁵ Ordonnance relative à l'admission, au séjour et à l'exercice d'une activité lucrative, RS 142.201

⁶ Consultable sous : [Intégration professionnelle](#)

⁷ L'avant-projet, le commentaire et le rapport sur les résultats de la consultation peuvent être consultés sous : www.fedlex.admin.ch > Procédures de consultation > Procédures de consultation terminées > 2025 > DFJP > Encourager les bénéficiaires du statut de protection S à exercer une activité lucrative et faciliter l'admission des ressortissants d'États tiers formés en Suisse : modification de la loi fédérale sur les étrangers et l'intégration, de la loi sur l'asile, de l'ordonnance relative à l'admission, au séjour et à l'exercice d'une activité lucrative et de l'ordonnance sur l'intégration des étrangers

3.1.1. Rapport avec les décisions du Conseil fédéral et le cadre légal relatifs à la mise en œuvre du Programme S

Sont applicables la présente circulaire IV du Programme S et la circulaire « Programmes d'intégration cantonaux (PIC) 2024- 2027 y compris Agenda Intégration Suisse (PIC 3) » du 19 octobre 2022. Demeurent réservées les éventuelles décisions futures du Conseil fédéral et les modifications de lois ou d'ordonnances relatives à la mise en œuvre du Programme S.

3.2. Objet de la convention

3.2.1. Prestations de la Confédération

La Confédération encourage la mise en œuvre des mesures de soutien cantonales pour les personnes avec un statut de protection S en versant des contributions au sens de l'art. 58, al. 3, LEI (programme d'importance nationale) d'un montant maximal de 3000 francs par an et par personne ayant besoin d'une protection et n'ayant pas d'autorisation de séjour, pour la durée de la convention de programme conclue pour le Programme S.

La Confédération fournit périodiquement au canton des indicateurs sur le taux d'emploi des personnes avec un statut de protection S et sur le taux d'emploi cible que le canton doit atteindre. Le taux d'emploi cible de 50 % fixé par le Conseil fédéral pour les personnes avec un statut de protection S et séjournant depuis trois ans en Suisse doit être compris comme objectif à atteindre au niveau national. Le taux d'emploi cible à atteindre concrètement dans chaque canton est établi en fonction du taux de chômage cantonal. D'autres facteurs ne sont pris en compte pour déterminer le taux d'emploi cible du canton. Le taux d'emploi cantonal est considéré comme nettement inférieur à la moyenne et donc nécessitant l'élaboration d'un plan de mesures lorsqu'il est (1) inférieur à 50 % et (2) inférieur de plus de 5 points de pourcentage au taux d'emploi cible fixé individuellement pour chaque canton.

À partir de la date à laquelle le Conseil fédéral décidera de la levée du statut de protection S, les seules contributions fédérales qui seront encore versées dans le cadre du Programme S serviront au démantèlement des structures. Ce démantèlement devra être rapide et ordonné. Les détails seront précisés dans la décision du Conseil fédéral sur la levée du statut S.

3.2.2. Prestations des cantons

Les cantons utilisent les contributions versées par la Confédération pour des mesures dans le cadre des PIC et du dispositif de l'AIS.

Lors de la mise en œuvre de ce programme d'importance nationale PPIN (art. 58, al. 3, LEI, en relation avec l'art. 21 OIE), chaque canton veille, en s'appuyant sur les objectifs stratégiques du PIC, à poursuivre les objectifs spécifiques du Programme S et à mettre en œuvre le dispositif cantonal de l'AIS pour toute personne avec un statut de protection S et présentant un besoin d'intégration particulier.

Les dispositifs cantonaux prévoient en principe les mêmes dispositions, processus et mesures pour les personnes avec un statut de protection S que pour les réfugiés reconnus et les personnes admises à titre provisoire. Les cantons appliquent le principe de l'AIS, à savoir un encouragement obligatoire et adapté aux besoins individuels. L'accent est mis sur la participation aux mesures de formation, notamment dans le cas des adolescents et des jeunes adultes (« un travail grâce à la formation »), ainsi que sur la participation au marché du travail et à la vie sociale.

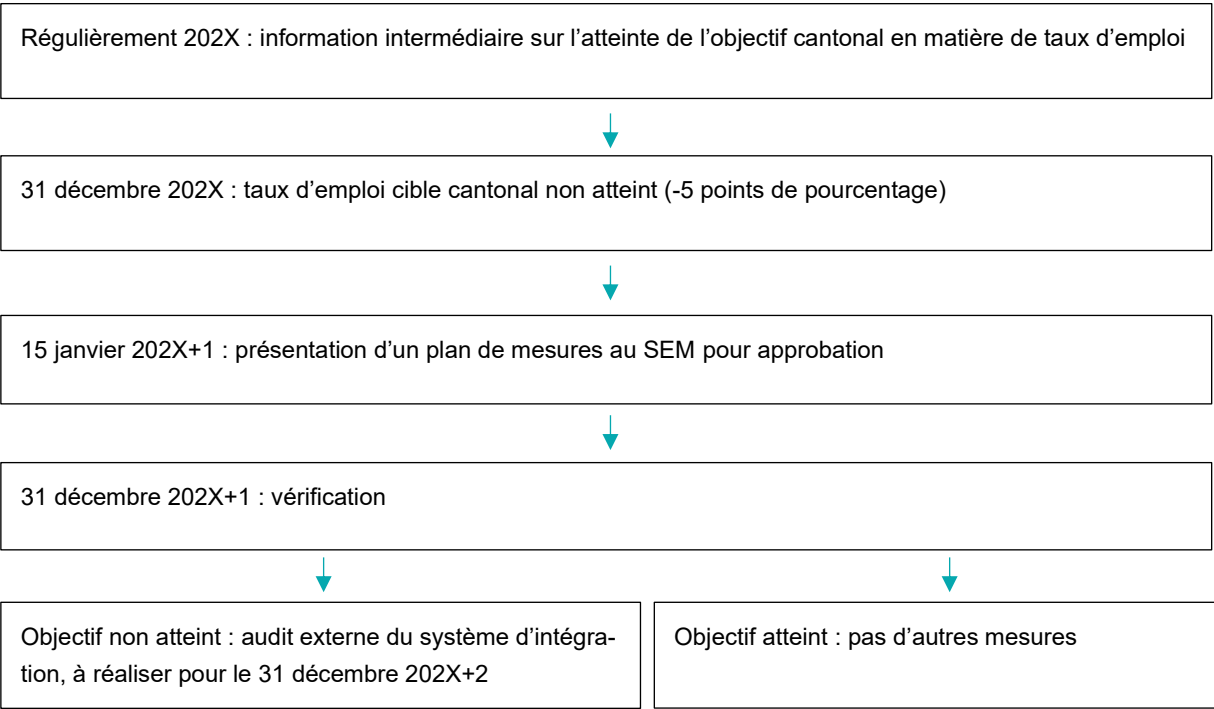
Les cantons sont notamment responsables de garantir les mesures suivantes :

- Une gestion au cas par cas, incluant une évaluation du potentiel, est assurée pour toutes les personnes présentant un besoin d'encouragement.
- Toutes les personnes ayant besoin d'améliorer leurs compétences linguistiques participent aux mesures correspondantes. Les cantons sont ainsi tenus d'inviter activement les personnes concernées avec un statut de protection S à participer à des mesures d'encouragement de l'intégration. Les personnes qui bénéficient de l'aide sociale peuvent être tenues de participer à des mesures visant à réduire leur dépendance à l'aide sociale (obligation de collaborer et de diminuer le besoin d'aide). Si, sans motif valable, elles ne s'acquittent pas de cette obligation, les prestations de l'aide sociale peuvent être réduites conformément au droit cantonal (art. 10, al. 1, OIE, en relation avec l'art. 83, al. 1, let. d, LAsi).
- Toutes les personnes présentant un potentiel d'aptitude à la formation et au marché du travail ont accès à une évaluation appropriée de leur potentiel dans le but de clarifier leur participation aux mesures d'encouragement spécifiques de l'intégration ou aux offres et mesures des structures ordinaires (notamment les offres de la formation et du service public de l'emploi et/ou accès direct au marché du travail et éventuellement d'autres offres adaptées à la demande).
- Des mesures dans le domaine de la petite enfance sont prévues pour tout enfant présentant un besoin d'intégration particulier selon les conditions générales de l'AIS.

Le canton veille en outre à ce que le taux d'emploi des personnes avec un statut de protection S et séjournant en Suisse depuis au moins trois ans atteigne, au 31 décembre de l'année concernée, la valeur cible définie pour le canton selon les prescriptions du Conseil fédéral (date de référence : 31 décembre 2026 ; pour le calcul, voir annexe 1). En outre, même les cantons qui atteignent cet objectif doivent continuer à augmenter le taux d'emploi des personnes avec un statut de protection S l'année suivante.

Les cantons qui ont des résultats nettement inférieurs à la moyenne ou qui n'arrivent pas à augmenter encore le taux d'emploi des personnes avec un statut de protection S (date de référence au 31 décembre) doivent, l'année suivante, élaborer et mettre en œuvre un plan de mesures pour mieux atteindre ces objectifs. Le taux d'emploi cantonal est nettement inférieur à la moyenne et donc pertinent pour l'élaboration d'un plan de mesures s'il est (1) inférieur à 50 % et (2) inférieur de plus de 5 points de pourcentage au taux d'emploi cible fixé individuellement. La décision concernant les mesures à inclure dans le plan d'action relève de la compétence du canton concerné. Les recommandations adoptées en 2025 par la Confédération et les cantons concernant l'intégration professionnelle des personnes ayant fui constituent une base importante pour l'élaboration des plans de mesures par le canton⁸. Les plans de mesures correspondants doivent être soumis au SEM au plus tard le 15 janvier puis approuvés. L'approbation du plan de mesures est une condition requise pour la conclusion de la convention de programme IV Programme S. Le plan de mesures fait partie intégrante de la convention. Si les objectifs (date de référence au 31 décembre de l'année concernée) ne sont une nouvelle fois pas atteints, le canton doit soumettre son système d'encouragement de l'intégration à un audit externe.

⁸ [Intégration professionnelle](#)



Les autorités cantonales sont invitées à poursuivre et à renforcer leurs efforts actuels ainsi qu'à renforcer et développer la CII existante. Dans le domaine de l'intégration professionnelle, les recommandations adoptées par la Confédération et les cantons en 2025 concernant la collaboration entre l'encouragement de l'intégration, l'aide sociale et le service public de l'emploi servent à nouveau de base. Le canton collabore aussi étroitement avec les communes et les villes, ainsi qu'avec des acteurs non étatiques, notamment les organisations de personnes migrantes⁹.

4. Conclusion de la convention IV Programme S

4.1. Calendrier

Étapes de conclusion de la convention IV du Programme S	Délai
Les cantons concernés présentent au SEM leurs plans de mesures pour atteindre le taux d'emploi cible	15 janvier 2026
Retour du SEM concernant les plans de mesures	30 janvier 2026
Le SEM soumet au canton la convention IV Programme S signée unilatéralement par le SEM	30 janvier 2026 (cantons avec un plan de mesure mi-fin février 2026)
Renvoi au SEM de la convention IV Programme S signée par le canton	Début mars 2026

⁹ Cf. art. 56 LEI, art. 4 OIE

5. Financement et utilisation des moyens financiers

Les cantons s'engagent à réaliser les objectifs de la convention au moindre coût, en respectant les délais impartis et les buts visés, et à assurer l'effet durable des prestations fournies. Le versement des contributions fédérales dans le cadre du Programme S n'est pas lié à une quelconque obligation de participation financière des cantons.

Les cantons qui doivent mettre en œuvre un plan de mesures pour atteindre les objectifs en matière de taux d'emploi des personnes avec un statut de protection S peuvent utiliser pour le financer les contributions de la Confédération dans le cadre du Programme S. La Confédération n'accorde aucune contribution supplémentaire à cet effet. Si, en raison de la non-réalisation répétée de l'objectif cantonal à la fin de l'année concernée, une évaluation externe doit être effectuée, celle-ci doit être mandatée et financée par le canton.

Les contributions au titre du Programme S sont versées sous réserve de l'approbation par les Chambres fédérales des crédits destinés à couvrir les prestations fournies durant la période concernée et des crédits budgétaires annuels nécessaires.

Sur la base des décisions effectives et du nombre de personnes avec un statut de protection S selon les statistiques du SEM¹⁰, la Confédération verse les contributions aux cantons de manière trimestrielle et proportionnelle (CHF 250 par mois et par personne). Le calcul de la contribution à verser se fait au prorata temporis sur la base des personnes avec un statut S présentes dans le canton le premier jour du mois.

Une contribution est versée par personne enregistrée avec un statut de protection S (indépendamment d'autres caractéristiques telles que l'âge ou l'exercice d'une activité lucrative).

Le versement de la contribution fédérale maximale de 3000 francs par personne et par an prend fin lorsque la personne a quitté la Suisse ou est partie sans annoncer son départ. Il en va de même lorsque la protection temporaire prend fin ou qu'elle est définitivement levée, ou lorsqu'il existe un droit à l'octroi d'une autorisation de séjour.

Comme pour le forfait global, la procédure de correction annuelle permet de recalculer le montant à verser selon l'effectif au premier jour du mois et de procéder aux ajustements qui s'imposent vis-à-vis des cantons (versement de la part manquante ou demande de remboursement des montants excédentaires).

Un forfait d'intégration qui serait dû pour une personne avec un statut de protection S après qu'elle a reçu une autorisation de séjour (permis B de durée limitée, calquée sur la durée du statut S) sera réduit de l'équivalent des contributions versées au titre du Programme S (art. 15, al. 2^{bis}, OIE). Cette disposition s'applique également aux forfaits versés en faveur de personnes à protéger qui, après une éventuelle levée du statut de protection S, seraient reconnues comme réfugiées ou admises à titre provisoire (cf. art. 58, al. 2, LEI ; art. 15, al. 1 et 2^{bis}, OIE). L'art. 15, al. 2^{bis}, OIE porte exclusivement sur les contributions versées par la Confédération au titre du Programme S. Il ne s'applique pas lorsque les personnes à protéger sont encouragées dans le cadre de mesures prises en charge par le canton et financées via des fonds cantonaux ou des moyens financiers provenant d'autres programmes d'importance nationale menés par le SEM.

¹⁰ Les données déterminantes sont celles de Finasi I.

6. Suivi du programme et rapports

6.1. Rapports annuels

Le rapport relatif au Programme S sera intégré dans le rapport PIC 3, bien que l'utilisation des fonds du Programme S doive y être présentée séparément. Le SEM met à disposition des modèles. Le rapport sur le Programme S est donc soumis au même délai (30 avril de l'année suivante) et aux mêmes modalités que le rapport PIC 3.

Les cantons qui ont soumis un plan de mesures pour atteindre les objectifs en matière de taux d'emploi des personnes avec un statut de protection S doivent également rendre compte séparément de sa mise en œuvre dans ce même cadre. Le SEM peut exiger des informations complémentaires concernant l'affectation des moyens financiers destinés aux mesures d'encouragement mises en place pour les personnes avec un statut de protection S. Le canton est tenu de livrer les informations complémentaires de manière détaillée, notamment au sujet des finances.

6.2. Relevé d'indicateurs et de données (suivi PIC et AIS)

Les personnes avec un statut de protection S qui présentent un besoin d'intégration particulier doivent également être prises en compte dans le relevé des indicateurs AIS. Les cantons utilisent à cet effet les instruments transmis par le SEM dans le cadre des rapports PIC. Les indicateurs relatifs aux personnes avec un statut de protection S sont présentés de manière séparée. Le SEM met à disposition des modèles à cet effet.

6.3. Rapport final

Au plus tard à la date du rapport du PIC suivant la fin du programme, les cantons remettent au SEM un rapport final sur le Programme S ainsi qu'un décompte financier final détaillé. Le SEM établit des modèles à cet effet. Les modalités de remise des rapports PIC 3 s'appliquent.

La partie financière du rapport final se fonde sur le rapport financier PIC/AIS et contient un décompte final détaillé. Il indique en particulier les contributions qui n'ont pas été utilisées.

7. Remboursement

Le SEM exige le remboursement des contributions versées dans le cadre du Programme S lorsque le canton ne met pas en œuvre ou met en œuvre de manière insuffisante les mesures adéquates pour atteindre les objectifs spécifiques du Programme S et les objectifs stratégiques de programme du PIC, qu'il ne respecte pas ou respecte de manière insuffisante les conditions de la présente Circulaire IV Programme S ainsi que s'il ne peut pas remédier à ces manquements dans le délai supplémentaire convenu, et si aucune amélioration n'est possible et que le canton n'est pas en mesure de prouver qu'il n'est pas responsable de cette situation.

Le SEM exige en outre le remboursement des contributions financières versées dans le cadre du Programme S si le canton ne met pas en œuvre ou met en œuvre de manière insuffisante le plan de mesures approuvé pour atteindre les objectifs fixés concernant le taux d'emploi des personnes avec un statut de protection S, si aucune amélioration n'est possible et que le canton n'est pas en mesure de prouver qu'il n'est pas responsable de cette situation. La Confédération n'exige pas le remboursement des contributions financières déjà versées dans le cadre

du Programme S si le taux d'emploi cible des personnes avec un statut de protection S n'est pas atteint malgré la mise en œuvre du plan de mesures approuvé par le SEM.

Si, à l'échéance du Programme S, le canton n'a pas utilisé l'intégralité des contributions versées par la Confédération pour sa mise en œuvre, il reverse le solde à la Confédération. Les modalités et les délais de remboursement seront fixés au plus tard lors d'une éventuelle levée du statut S.

8. Surveillance financière

L'utilisation des contributions fédérales pour la mise en œuvre du Programme S doit être contrôlée tant au niveau fédéral qu'au niveau cantonal. Au niveau fédéral, la surveillance des contributions fédérales versées au titre du Programme S incombe au SEM et au Contrôle fédéral des finances (CDF). Au niveau cantonal, cette tâche incombe aux cantons eux-mêmes ainsi qu'aux contrôles cantonaux des finances¹¹. La surveillance du Programme S s'effectue dans le cadre des activités de surveillance du SEM relatives aux PIC. Les explications sur les obligations de surveillance se trouvent dans le « Concept de surveillance PIC »¹².

Secrétariat d'État aux migrations SEM



Vincenzo Mascioli
Secrétaire d'État

¹¹ Art. 95 LAsi, art. 25 LSu et art. 18, al. 4, OIE

¹² [PIC : concept de surveillance du SEM](#)